

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt und Kreis Merseburg

Bezugspreis: mit den Beilagen: „Hilber der Woche“ Landmanns Sonntagsblatt, etc. durch die Post Wfr. 2.40 ohne Beleggeld, durch Boten Wfr. 2.— frei Haus monat. Erscheint wöchentlich nachmittags, Einzelnummer 10 Wfr. Sonntags 20 Wfr. (Sonderausgabe: Hülberfr. 4 (Sonderausgabe) und Ostgardfr. 25. — Im Falle Abwehens (Streik ufm.) besorgt kein Anspruch auf Lieferung oder Rückvergütung.



Anzeigenpreis: für den 8 gebaltenen Millimeterraum 10 Wfr., im Restraum 8 gebaltenen 40 Wfr., für Größe und Stadtwirtschaft 30 Wfr. Bei lang. Familienanzeigen Rabatt nach Zeitl. Verhältnisse. Derzeitige Wfr. 10 Wfr. (Sonderausgabe) 10 Wfr. vormittags. — Für unerlebte Zustellungen nicht berechnung. — Postabkonto Leipzig 160654. Fernsprecher 1007101

Nr. 10

Mittwoch den 13. Januar 1926

186. Jahrgang

Die Große Koalition endgültig gelichtet.

Dr. Luther mit der Regierungsbildung beauftragt.

Berlin, 13. Jan. Wie der „Z.-U.“ erfährt, hat der Reichspräsident den geschäftsführenden Reichskanzler Dr. Luther heute mit der Regierungsbildung beauftragt. Dr. Luther hat den Auftrag angenommen.

Der omittige Bericht.

Amlich wird mitgeteilt:
Der Reichspräsident empfing heute mittag um 11 Uhr die Abg. Kehrenbach und Koch, die ihm über die Verhandlungen zur Schaffung der großen Koalition und deren negatives Ergebnis berichteten. Der Reichspräsident dankte den beiden Herren für ihre Bemühungen und ihren Bericht. Er erklärte, nachdem alle Versuche zur Schaffung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit gescheitert seien, werde er nunmehr eine neutrale Regierung der Mitte schaffen. Er richtete an die beiden Parteiführer das Ersuchen, ihn angelehnt der Wollage des Vaterlandes hierin tatkräftig zu unterstützen. Die Herren Koch und Kehrenbach nahmen dies zur Kenntnis und erklärten sich zu Verhandlungen auf dieser Grundlage bereit. Um 12 Uhr empfing der Reichspräsident den Reichskanzler Dr. Luther und beauftragte ihn mit der Regierungsbildung. Dr. Luther hat den Auftrag angenommen.

„Neutrales Kabinett der Mitte.“

Berlin, 13. Jan. Wie die Z.-U. erfährt, wird das Kabinett, das Dr. Luther bilden wird, ein sogenanntes „neutrales Kabinett der Mitte“ sein, das nach beiden Seiten unabhängig ist. Dr. Luther wird noch heute die in Betracht kommenden Parteiführer empfangen. Am Abend werden dann die Fraktionen zur Regierungsbildung Stellung nehmen.

Der Vizepräsident des Reichstages beschloß heute vormittag, am Sonnabend, Montag und Dienstag keine Plenarsitzungen abzuhalten. Am Mittwoch soll möglichst die Tagesordnung erklärt und anschließend die erste Sitzung des Reichstages erfolgen.

Die Sozialdemokratie lehnt ab.

Die Reichstagsfraktion der sozialdemokratischen Partei gab gestern abend nach eingehender Beratung eine Entschließung bekannt, in der es u. a. heißt:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in den Verhandlungen über die Bildung einer großen Koalition Forderungen aufgestellt, deren Durchführung durch Aufnahme der Not nur noch dringender geworden ist. Sie hat durch ihren Beschluß vom 16. Dezember feststellen müssen, daß infolge mangelnden Entgegenkommens der deutschen Volkspartei in sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen den Bemühungen des Abgeordneten Koch kein Erfolg beschieden war. Sie hat daher in Formalisierungen, die ihr als Ergebnis der gestrigen Verhandlungen vorgeführt wurden, eine geeignete Grundlage für die Bildung der Regierung der großen Koalition nicht erblicken können. Die sozialdemokratische Fraktion muß feststellen, daß Gründe für eine Veränderung ihrer Haltung nicht vorliegen. Deshalb erklärt die sozialdemokratische Fraktion, daß für die Bildung einer Regierung der großen Koalition keine Grundlage besteht.“

Damit hat die Sozialdemokratie erneut die Beteiligung an der Großen Koalition abgelehnt und damit den ersten Schandern von der Demokratie und vom Zentrum einen Stoß erteilt, der durch eine nachträgliche Umkehrung Müller'schen Standes nicht wieder wasserfest gemacht werden können werden sollte. Damit er nicht so hart und lieblos wirkte. Die Sozialdemokratie ist sich vor der Verantwortung... das heißt: die Verantwortung würde sie schon leicht nehmen, aber sie fürchtet sich vor der Straße, deren Forderungen sie doch nicht durchzusetzen vermag, und somit verzichtet sie lieber auf die Macht, als daß sie mit offenen Augen ihre Anhängerschaft zusammenschmelzen und zu den Kommunisten abwandern sieht. Nun, nachdem sie sichergestellt Entlassung gelbt hat, wird sie sich auch aller Fesseln ledig fühlen und ihrerseits eine Neuorientierung in der Richtung vornehmen, daß sie nunmehr mit ihren roten Brüdern von links in eine ideale Konkurrenz um die Krone des Demagogentums eintritt.

Diese Neuorientierung ist sicher, aber ob nun auch das Zentrum und die Demokraten die verprobenen Neuorientierung vornehmen und bereit sind, einem sachlich arbeitenden Kabinett, gleichgültig nun, ob es auf parlamentarischer Wege zustande kommt, oder als Beamtentkabinett errichtet wird, ihre Unterstützung zu leisten, ist nach wie vor fraglich und nach fraglicher ist es, ob das Zentrum die von der „Germania“ ausgehende Drohung wahr macht

und für eine Neuorientierung in Preußen sorgt, indem es seine enge Bindung dort mit der verantwortungsheluen Sozialdemokratie nunmehr ablöst.

Was auch immer in der Entwicklung liegt, das eine maß fesselt werden, daß es das Minimum des Reichspräsidenten und die ewige Stuhndeckelung ablosch. Aufschauen muß man eigentlich den Wunsch aussprechen, daß Hindenburg eines früher der Geduld haben gerissen wäre, so daß wir jetzt schon wüßten, was von der verprochenen Neuorientierung der beiden bürgerlichen Fraktionen zu halten ist und vielleicht schon eine Basis für sachliche Regierungsarbeit besäßen, die jetzt sich noch erst in schwachen Umrissen im nebligen Grau abzeichnet.

Die Berliner Presse zur Ablage der Sozialdemokratie.

Die Ablage der Sozialdemokraten an die große Koalition wird von der Berliner Presse ausführlich besprochen: Der „Vorwärts“ lehnt unterteilt noch einmal die Begründung der Fraktion, das Verhalten der Volkspartei hätte die Beteiligung unmöglich gemacht und betont, daß die Sozialdemokratie über ihr Verhalten zu einer neuen Regierung Luther von heute zu heute entscheiden werde.

Das „F.“ hebt hervor, daß die Angst um den Parteibestand und um die Festigkeit der Programmforderungen eine große Stunde ungenüht habe vorübergehen lassen. Die „Vollständige Zeitung“ weist ausdrücklich darauf hin, daß die Schuld allein bei der Sozialdemokratie, nicht bei der Deutschen Volkspartei liege.

Die „Germania“ macht die Sozialdemokraten für alle Folgen verantwortlich, die sich aus dem ablehnenen Beschluß ergeben könnten.

Die „Völkische Zeitung“ erblickt in dem Beschluß eine Kampfanziehung an die nächstgrößeren Ziele des Volkes.

Der „Kölnischer Anzeiger“ sieht darin ein Eingeständnis dafür, daß in den heutigen Zeiten eine Regierung der großen Koalition ein Hindernis ist.

Die „Tägliche Rundschau“ hält die Begründung, die das Verhalten der Deutschen Volkspartei für die Nichtbeteiligung verantwortlich macht, für eine bloße Ausrede.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: Es ist ein Glück für das Volk, daß die Sozialdemokratie so wenig Verantwortungsbewußtheit zeigt. Wird dieses doch auf diese Weise wenigstens vor dem sicheren Bewußtsein einer unvermeidlichen Katastrophe bewahrt.

Der Auswärtige Auswuchs auf morgen verlag.

Der Auswärtige Auswuchs des Reichstages, der heute zummentreten sollte, ist auf Donnerstag verlagert worden. In Reichstags tagen heute die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Bauernischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Der Reichstagen tritt, wie vorgeesehen, um die Mittagsstunden zusammen, um den Geschäftsplan für die kommende Woche aufzustellen.

Tagesordnung der Vollziehung des Reichsrats.

Die Tagesordnung der Vollziehung des Reichsrats am 14. Januar enthält u. a. folgende Punkte: Ernennung von Bevollmächtigten zum Reichsrat, Anrechnung einer Angelegenheit der gesetzlich ungeschuldeten Dienstzeit, Festsetzung des Ruhegebühls von Reichsbeamten, Ernennung des Präsidenten der Reichsbahndirektorenkammer in Leipzig.

Eineinhalb Millionen Erwerbslose.

Die Zahl der unterkürzten Erwerbslosen ist in der Zeit vom 15. Dezember 1925 bis zum 1. Januar 1926 von 1.060.397 auf 1.485.931 gestiegen. Die Steigerung gegenüber der Zahl vom 15. Dezember 1925 beträgt etwas über vierzig vom Hundert.

Die Besetzung im Rheinland.

London, 13. Jan. Ein Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt über die Besetzung im Rheinland, daß nach der nunmehr ansehenden feststehenden Kräfteverteilung Frankreich 60.000, England 8.000 und Belgien 7.000 Mann als Garnison dort behalten würden. Das bedeutet, daß Frankreich seinen Standpunkt durchgesetzt habe, vorausgesetzt, daß die Vorkontrollen diese vorläufige Entscheidung des Interaktions des Vorkontrollenratung gutheiße.

Frankreichs Eintreten für die Separatisten.

Die holländischen Annahmeverhandlungen gehen aus langsam weiter, weil Frankreich sich weiterhin für Separatistenfälle einsetzt und Persönlichkeiten, die durch Teilnahme an der separatistischen Bewegung etwa in Widerspruch mit der deutschen Gesetzgebung gekommen sind, auch nach vollständigem Aufhören der Besetzung dem Zugriff der deutschen Justizbehörde zu entziehen wünscht.

Deutschlands Aussichten im Völkerbund.

London, 13. Jan. Die „Westminster Gazette“ erörtert an leitender Stelle den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Das Blatt warnt Deutschland vor zu energischem Vorgehen. Zunächst werde Deutschland eine sehr vorsichtige Politik treiben müssen, denn wenn es sofort mit der Erörterung seiner Beschwerden aufange, so werde es damit nichts anderes als eine scharfe Zurückweisung herausfordern. Man werde dann sagen, daß Deutschland nicht nach Genuf gekommen sei, um für das Allgemeinwohl zu arbeiten, sondern lediglich um Vorteile für sich selbst herauszufischeln. Dann würde das alte Mißtrauen gegen Deutschland aus erneuert werden. Deutschland müsse zunächst die Aufrichtigkeit seines Bunsches nach Zusammenarbeit mit den früheren Feinden beweisen. Die anderen Mächte würden ihrerseits begreifen müssen, daß es gewisse Fragen gebe, wo das deutsche Volk mit Recht erwarten könne, daß seine Vertreter im Völkerbund ihre Stimmen ohne Bezug erheben. Die erste Frage lie die der Verminderung der Besatzung, die zweite, die der Gleichberechtigung Deutschlands in kolonialer Beziehung. Besonders hinsichtlich der Entlohnungsfrage bestünde sich Deutschland in sehr hoher Stellung, das würde sich auch hier langsame und vorsichtige Vorgehen empfehlen.

Minderheiten und unterdrückte Völker.

Heute abend finden sich Vertreter der Minderheiten und der unterdrückten Völker in Berlin zu einer gemeinsamen Kundgebung zusammen, in der verhandelt werden soll, das schließende Weltgewissen aufzurufen und gemeinsame politische Ziele festzulegen. Bedeutende Kundgebungen werden im Verlauf der Aktivitäten des Genfer Minderheitenkongresses auch in anderen Hauptstädten veranstaltet werden. Dieser Minderheitenkongreß hat sich im wesentlichen auf eine vorläufige Aussprache beschränkt und streift nach jeder Richtung möglichst vermieden. Früher oder später aber muß der gemeinsame Kampf der Minderheiten und der unterdrückten Völker sich gegen den Völkerbund richten, der auf seinem Gebiete flüchtiger verlagert hat, als in dem ihm seinem Statute gemäß obliegenden Schutz der Rechte der Schwachen.

Wenn schon die Propaganda-Zeitschrift der deutschen Völkerbundliga sich veranlaßt sieht, dem Völkerbunde darüber Vorhaltungen zu machen, und wenn der Demokrat Graf Bernhoff in der „Zeit.“ feststellen muß, daß die bisherige Praxis des Völkerbundes gegenüber Minderheitenbeschwerden dem elementaren Rechtsgrundlage widerspreche, dem Kläger eine Mangellegitimation anzuverleihen, so sagt das genug. Graf Bernhoff bezieht sich allerdings, den Völkerbund gegen den Vorwurf bösen Willens in Schutz zu nehmen und meint, daß es nur darauf ankomme, daß dem Völkerbunde endlich ein Staat angehöre, der ein positives Interesse am Minderheitenproblem habe, so daß also dank der wunderbaren Logik dieser Art von Völkerbundsmitgliedern sich alsbald auch die Schande des Völkerbundes in ein Argument für Deutschland weilt verwandelt. Dabei ist dem Grafen Bernhoff doch wohl bekannt, daß in der übertriebenen Bitterkeit des Völkerbundes, wo Hosen und Fischen für die abseitigen Spezialitäten und Kuriositäten geschaffen sind, zur Bewehrung der Beschwerden von 38 Millionen europäischer Minderheiten und vieler Millionen außereuropäischer nur ein Apparat zur Verfügung steht, der sich aus einem Unterbeamten, einem Kanzlisten und einer Schreibmädchen zusammensetzt, aber auch das ist natürlich kein böser Wille.

Und wenn der Professor Mello-Franco als Berichterstatter unter dem lauten Beifall der Fischer und der verständnisvollen Zustimmung des von den bösen irischen Gewissen geplagten Briten Chamberlain als Nichtteil des zum Schutze der Minderheiten gegründeten Völkerbundes den Grundlag ausstellt, die Minderheiten hätten zu verschwinden, so kann nur ein deutscher Thor noch hoffen und harren, daß sich der Völkerbund auf die Abstrafen und Berpfechtungen seines Grundes besinn.

Da ist die Aufrichtigkeit schon vorzuziehen, mit der ein Völkerbundsdelegierter, der jugoslawische Minister Raditch, in einer Rede an die Minderheitenvertreter seines Staates erklärt hat, daß der Völkerbund seiner ganzen Anlage nach auch in Zukunft den Minderheiten gegenüber stets verfahren müsse, und der den Minderheiten darum den Rat gegeben hat, ihr Schicksal ohne jegliche Zweifelhaftigkeit

Genf ist in die Hand zu nehmen. Er hat dargelegt, wie er sich diese Möglichkeit denke. Die Fragen der Widerherstellung, unter der Bedingung im Einverständnis mit dem Genfer Ministerkongress eine weitgehende Kulturautonomie rechnet, seien von Fall zu Fall zwischen den beteiligten Nachbarstaaten zu lösen, nachdem sich vorher die beiderseitigen Ministerheiten unter sich über ihre Forderungen einig geworden seien. Raditsch gab als Beispiel an, daß die Deutschen Südflorids mit den Slowenen Kärntens in Verbindung setzen sollten, und daß nach der zwischen den Ministerheiten schnell zu erreichenden Einigung Jugoslawien seinen Deutschen genau im gleichen Verhältnis ihre Forderungen bewillige, wie Deutsch-Österreich seinen Slowenen. Das ist ein Weg, der in vielen Fällen gangbar sein wird, ohne bei den Verantwortlichen der Ministervereinerklärung, der Macht und des guten Willens als allgemeines Paradigma gelten zu können.

Allerdings würde zu jedem Fortschritt die Voraussetzung sein, daß sich alle sogenannten Siegerstaaten zu der Aufstellung durchdringen, die Raditsch in der höchsten Danksagung hat: „Die Staatszugehörigkeit ist eine rechtsfreie Sache. Die Volkszugehörigkeit hingegen ist eine Frage des Gewissens und der öffentlichen Moral und daher außerhalb des staatlichen Machtbereiches.“ Ehe Herr Bensch, Herr Mussolini, Herr Zaittinger zu sprechen werden, von den Voten ganz zu schweigen, werden die Ministerheiten und unterdrückten Völker ihre Abwehrkraft ganz anders entwickeln müssen als bisher. Der Völkerverbund scheint ihnen nichts und das sogenannte Weltgewissen ist sehr schwach gegen die, die ihm nicht andeuten werden können. Das erste Ziel der Ministerheiten, und wir hoffen, daß ihre heutige Kundgebung darin einen Fortschritt bedeutet, muß daher Organisation und Schaffung des Reiches sein. Es ist die unterdrückten Völker hat noch niemand einen Weg zur Freiheit gefunden. Raditsch hat zugestanden, daß von allen Mächtsstaaten viel gesündigt wurde und die unterdrückten Völker werden wohl noch viel dulden müssen. Bis sich zwischen ihnen eine gemeinsame Kampfrichtung aufzuheben läßt, ist sehr zweifelhaft. Wenn sie zu einer arbeitsfähigen Propagandagemeinschaft gelangen könnten, wäre schon mehr erreicht, als man im Augenblick für sie hoffen kann.

Der Reichshaushaltsplan für 1926.

Dem Reichstag ist der Entwurf des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1926 zugegangen. Die Gesamtschuldung des Reiches stellt sich für 1926 auf 7.419,6 Milliarden Reichsmark, davon entfallen auf den ordentlichen Haushalt 7.118,5 Milliarden, auf den außerordentlichen Haushalt 301,1 Milliarden Reichsmark. Die Einnahmen betragen insgesamt 7.419,6 Milliarden, wovon auf den ordentlichen Haushalt 6,9 Milliarden Reichsmark entfallen. Die Minderausgaben gegen 1925 sind in ihrer Gesamtheit auf fast 350 Milliarden veranschlagt. Auch die Einnahmen sind gegenüber den Ländern und Gemeinden um rund 150 Milliarden niedriger eingeschätzt werden können. Daß trotzdem der Gesamtausgabenbedarf des Reiches sich nur um 125 Millionen erhöht, liegt an den höheren Reparationsleistungen, die von 241 Milliarden im Jahre 1925 auf 600 Milliarden im Jahre 1926 steigen.

Der Gesamtausgabenplan ist bis bisher nach dem reinen Bruttoverhältnis aufgestellt. Im Nettovertrage der Ueberführungsverordnung von 4223 Millionen steht ein Zufußbedarf in gleicher Höhe gegenüber. Von den fortwährenden Ausgaben beanspruchen die Personalausgaben insgesamt 669,8 Millionen — 18 Prozent, die Verordnungsgebühren einschließlich der Kriegesgebühren 294,77, Materialverordnungen 92, die sämtlichen Verwaltungsausgaben 1.123,8 Millionen. 40 Prozent der fortwährenden Ausgaben. Von sämtlichen Ausgaben erfordern u. a. die Zufußfälle des Reiches zu den Zinsrenten 192,7 Millionen, die unterliegende Erwerbslosenfürsorge 40 Millionen, die produktive 60 Millionen, Dienstleistungen 284,77, Materialverordnungen 92,2 Millionen. An Reparationsleistungen sind im Jahre 1926 an den Generalagenten 441 666 667 Reichsmark zu zahlen. Dazu

Die Tagung des deutschen Handwerks.

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks trat heute vormittag im Reichstagsgebäude in Berlin zu seiner 6. Vollversammlung zusammen. Der Vorsitzende des Reichsverbandes Dr. Lohmann eröffnete die Versammlung und begrüßte die Vertreter des Reichs, der Länder und der Freie. Für die Reichsregierung war Reichsminister Dr. Kroschke als Stellvertreter des Reichspräsidenten erschienen, der vom Reichsverband gebeten war, über das neue Gesetz zur Preisfestlegung Auskunft zu geben. Da die Versammlung aber schon nach den ersten Worten des Ministers lebhaft und sehr temperamentvolle Zwischenfälle machte und Kroschke häufig unterbrochen wurde, erfolgte sein Vortrag ab und erklärte nur, daß es wohl festzuhalten habe, der Versammlung höhere Auskunft über die Stellungnahme der Reichsregierung zu geben, da man ihn offensichtlich nicht anhören wolle. Nebenfalls handelte es sich um den letzten Gegenentwurf zur Förderung des Preisabbaues nicht um ein Ausnahmegericht gegen das Handwerk, wie ihm aus der Versammlung bereits verschiedentlich entgegen worden war. Die Reichsregierung habe bei dem Gegenentwurf das Wohl der Gesamtwirtschaft bedacht. — Dr. Kroschke verließ darauf die Versammlung.

Der Redner feinschnittete die Vollversammlung als eine Kundgebung der Abwehr gegen die ungerechte und einseitige Behandlung des Handwerks durch die Preisfestlegung der Regierung und als eine Kundgebung des Protestes gegen die geringfügige Berücksichtigung des Handwerks in der öffentlichen Meinung und in den parlamentarischen Verhandlungen. Der Reichsverband des deutschen Handwerks habe sein Verprechen, an der Preisfestlegung mitzuwirken, durchaus gehalten. Dagegen verstoße das Verhalten der Reichsregierung — besonders bei der Vorlage des letzten Preisfestlegungsgesetzes dem Handwerk gegenüber wider Treue und Glauben. Eine gesunde Entwicklung der Preise für den Redner nur darin, daß man dem freien Spiel der Kräfte ungehindert Raum gebe. Das Handwerk werde einen schweren Kampf führen müssen, um sich in der Wirtschaft behaupten zu können, denn es habe heute nicht nur ohne Bundesgesetzten, sondern auch in schärfster Kampfe mit der Zentralregierung und den parlamentarischen Vertretern des Handwerks richte der Redner die Mahnung, durchzusetzen, daß endlich einmal amtliche statistische Erhebungen über den Anteil des Handwerks an der deutschen Wirtschaft gemacht würden, damit endlich die geringfügige Behandlung aufhöre. Im

kommen die Zahlungen an den Reichsverband des Kommissars für die benachteiligten Gewerbetreibenden mit 128 333 333 Reichsmark und der auf das Jahr 1926 entfallende Anteil an der ausfälligen Haushaltszahlung mit 145 833 333 Reichsmark. Dazu treten noch die Reparationsausgaben aus dem Schuldverschreibungsdienst der Reichsbahn mit 572 500 000 Reichsmark, aus dem Dienst der Industrieobligationen mit 187 500 000 Reichsmark. Die gesamte Reparationslast beträgt somit für das Rechnungsjahr 1926 1 360 333 333 Reichsmark.

Aus dem Reichsausschuß des Reichstages.

Der Reichsausschuß des Reichstages setzte gestern die Beratung der Anträge über die veränderte rechtliche Auseinandersetzung mit den früher regierenden Fürstentümern fort. Für die bayrische Staatsregierung gab Staatsrat Dr. Quart folgende Erklärung ab:

„Die Ordnung des Verhältnisses zwischen den Ländern und ihren ehemaligen Fürstentümern, die ihre Grundlage in dem besonderen staatsrechtlichen Verhältnis des einzelnen Landes hat, ist Angelegenheit des Landes. Eine reichsgesetzliche Regelung dieser Frage würde daher einen schweren Eingriff in die Rechte der Länder bedeuten und müsse von Bayern nachdrücklich abgelehnt werden. In Bayern ist die Angelegenheit durch den Vergleich vom Jahre 1923 geregelt. Dieser Vergleich ist vom Reichstag genehmigt. Ein Antrag auf Aufhebung der Parastatutierung ist bisher noch nicht gestellt worden.“

Abgeordneter Dr. Gerling (Dnt.) stellt fest, daß nach dieser Erklärung die beiden nördlich Preußen größten deutschen Länder, Bayern und Sachsen, eine reichsgesetzliche Regelung nicht wünschen.

Politische Rundschau

Am polnischen Senat macht sich eine starke Opposition gegen die Sanierungspläne geltend. Die Gesetzesvorlage, die die Zahlung der rückständigen Steuern der Landwirtschaft in Naturalien vorsieht und über die Strafen bei säumigen Steuerzahlern wurde von der Senatskommission abgelehnt.

Der französische Oberste Kriegsrat wird am Freitag den von Painle umgearbeiteten Entwurf über die Reorganisation des Heeres prüfen.

Nach einer Meldung des „Matin“ aus Rom soll Mussolini noch im Laufe dieses Monats operieren werden.

Nach der „Westminster Gazette“ wollen die Italiener sich bei den Schulverhandlungen mit England um einer Jahreszahlung von 8 Millionen Pfund Sterling berechnen.

Das Befinden Austen Chamberlains hat sich gebessert.

Die italienische Kammer ist am 16. Januar eröffnet worden. Man erwartet lebhaft Debatten über die Locarnoverträge.

Nach längeren Debatten hat das Präsidium des Zollauswahlschusses der Sowjetunion den von Tschitschewin und Kuchibschew am 17. Dezember 1925 in Paris unterzeichneten russisch-türkischen Vertrag ratifiziert.

Aus Konstantinopel kommt die Nachricht, daß türkische Delegierte zur Wiederaufnahme der Botschaftsverhandlungen mit Frankreich heute nach Paris abgereist sind.

Die türkische Regierung hat eine von der amerikanischen Botschaft an sie gerichtete Note, worin um Einstellung der Verhandlungen über den neuen Zollvertrag bis zur Durchführung der formellen Verhandlungen gebeten wurde, abgelehnt.

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks ist über den Reichsverband des Deutschen Handwerks in Berlin zu seiner 6. Vollversammlung zusammengetreten. Der Vorsitzende des Reichsverbandes Dr. Lohmann eröffnete die Versammlung und begrüßte die Vertreter des Reichs, der Länder und der Freie.

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks ist über den Reichsverband des Deutschen Handwerks in Berlin zu seiner 6. Vollversammlung zusammengetreten. Der Vorsitzende des Reichsverbandes Dr. Lohmann eröffnete die Versammlung und begrüßte die Vertreter des Reichs, der Länder und der Freie.

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks ist über den Reichsverband des Deutschen Handwerks in Berlin zu seiner 6. Vollversammlung zusammengetreten. Der Vorsitzende des Reichsverbandes Dr. Lohmann eröffnete die Versammlung und begrüßte die Vertreter des Reichs, der Länder und der Freie.

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks ist über den Reichsverband des Deutschen Handwerks in Berlin zu seiner 6. Vollversammlung zusammengetreten. Der Vorsitzende des Reichsverbandes Dr. Lohmann eröffnete die Versammlung und begrüßte die Vertreter des Reichs, der Länder und der Freie.

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks ist über den Reichsverband des Deutschen Handwerks in Berlin zu seiner 6. Vollversammlung zusammengetreten. Der Vorsitzende des Reichsverbandes Dr. Lohmann eröffnete die Versammlung und begrüßte die Vertreter des Reichs, der Länder und der Freie.

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks ist über den Reichsverband des Deutschen Handwerks in Berlin zu seiner 6. Vollversammlung zusammengetreten. Der Vorsitzende des Reichsverbandes Dr. Lohmann eröffnete die Versammlung und begrüßte die Vertreter des Reichs, der Länder und der Freie.

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks ist über den Reichsverband des Deutschen Handwerks in Berlin zu seiner 6. Vollversammlung zusammengetreten. Der Vorsitzende des Reichsverbandes Dr. Lohmann eröffnete die Versammlung und begrüßte die Vertreter des Reichs, der Länder und der Freie.

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks ist über den Reichsverband des Deutschen Handwerks in Berlin zu seiner 6. Vollversammlung zusammengetreten. Der Vorsitzende des Reichsverbandes Dr. Lohmann eröffnete die Versammlung und begrüßte die Vertreter des Reichs, der Länder und der Freie.

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks ist über den Reichsverband des Deutschen Handwerks in Berlin zu seiner 6. Vollversammlung zusammengetreten. Der Vorsitzende des Reichsverbandes Dr. Lohmann eröffnete die Versammlung und begrüßte die Vertreter des Reichs, der Länder und der Freie.

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks ist über den Reichsverband des Deutschen Handwerks in Berlin zu seiner 6. Vollversammlung zusammengetreten. Der Vorsitzende des Reichsverbandes Dr. Lohmann eröffnete die Versammlung und begrüßte die Vertreter des Reichs, der Länder und der Freie.

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks ist über den Reichsverband des Deutschen Handwerks in Berlin zu seiner 6. Vollversammlung zusammengetreten. Der Vorsitzende des Reichsverbandes Dr. Lohmann eröffnete die Versammlung und begrüßte die Vertreter des Reichs, der Länder und der Freie.

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks ist über den Reichsverband des Deutschen Handwerks in Berlin zu seiner 6. Vollversammlung zusammengetreten. Der Vorsitzende des Reichsverbandes Dr. Lohmann eröffnete die Versammlung und begrüßte die Vertreter des Reichs, der Länder und der Freie.

Neue Ausflüchte!

Verweigerungsbereitschaften über das Programm für die Abrüstungskonferenz.

Paris, 12. Jan. In Paris wird weiterhin daran festgehalten, daß die Vorbereitungen in der Abrüstungsfrage am 15. Februar in Genf beginnen sollen, aber man gibt jetzt zu, daß gegen das Programm der Erörterungen Rufe zu hören sind, die die Rufe unter den Mächten befeuern. Man meint ausdrücklich, daß gewisse Nationen über die Ergebnisse der Konferenz, wenn man an den französischen Forderungen nicht Rechnung tragen werde.

Eine neue Armee für Tschangschin.

Tientsin, 13. Jan. General Tschangschin, der Vorkämpfer Tschangschins, der kurz vor Weihnachten von General Fens geblasen worden ist, hat eine Armee von 40 000 Mann gebildet, mit der er im Umkreis auf die nur 70 Meilen südlich von Tientsin liegende Stadt Tschangschin ist.

Aus Stadt und Umgebung Die Welt des Kindes.

Man erlebt immer und immer wieder, daß nicht einmal Eltern ihre Kinder verstehen oder sich ernstlich um sie kümmern: ich meine in den Fragen der Erziehung. Viele Eltern können einfach ihre Kinder nicht erziehen, aber gerade sie sind rasch bei der Hand mit der Kritik gegen Schule und Lehrer. Von solchen kann die Schule kaum Hilfe und Mithilfe erwarten.

Es liegt ein eigener Reiz über der Welt des Kindes; sie deutet sich nicht mit unserer rauhen Wirklichkeit. Mädchenblumen sprechen darin, die Tiere sprechen, die unbedeutende Natur lebt. Wohl der Mutter, die das Unbedeutende zum Leben erwecken kann, die nicht nur in die Fabelwelt hinein das Kind führt, sondern ihm auch die Sündenfalte und von dem Leben spricht, das über dem sichtbaren Leben steht. Darin beruht wohl der größte Segen einer Mutter wie man in den Erinnerungen unserer bedeutenden Männer immer und immer wieder lesen kann.

So wird die Mutter die erste Erzieherin, das Elternhaus die erste Schule und später der Lehrer ein zweiter Vater. Auf Vertrauen muß das alles aufgebaut sein. Vertrauen knüpft Elternhaus und Schule an Kirche und Staat.

Um das Gemeinwohl der Erziehungswissenschaft zu benehmen, wird vom 24.—31. Januar in ganz Deutschland eine große Reichserziehungsmesse veranstaltet, die unter dem Gesamttitel steht: „Für Eltern“. Von allen Kreisen wird auf diese Reichserziehungsmesse hingewiesen und ihrer in der Predigt gedacht werden.

Sitzung des Fachbeirates für Jugendpflege.

im Bezirksausschuß für Jugendpflege.

Am Jugendheim „Herzog Christian“ fand am 6. Januar unter Vorsitz des Bezirksjugendpflegers H. Empirich wieder eine Sitzung des Fachbeirates für Verbesserungen im Bezirksausschuß für Jugendpflege statt. Hauptgegenstand der Besprechung bildete ein Vortrag des Schloßmeisters Brauer-Werberg über das „Schwimmen als Lebensübung und Mittel zur Geseunderhaltung“. An den Vortrag schloß sich eine lebhafteste Aussprache. Der Fachbeirat fordert die Einführung des Schwimmunterrichts in den Schulen. Die Schwimmverhältnisse sind zu verbessern und die Anstellung von Schwimmlehrern, die tüchtig und sportlich ausgebildet sind und möglichst im Turn- und Sportleben stehen. Die staatlichen Beihilfen zur Förderung der Jugendpflege bei der Verbesserung sind zu niedrig. Es müssen die Beihilfen der einzelnen Kreise in den Bezirken nach dieser Seite bearbeitet werden, damit bei Einführung von Mitteln für die Jugendpflege in die Haushaltungspläne nicht geizt wird. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Stadt künftig für Einrichtung von Turnhallen, Spielplätzen und Jugendheimen auch Zuschüsse zur Verfügung gestellt werden. Der Bezirksjugendpfleger berichtete über die Besuche, die man mit Einführung von sportlichen und rhythmischen Übungen bei Angestellten und Arbeiterinnen in staatlichen Betrieben gemacht hat. Der Fachbeirat fordert beratende Veranstaltungen, die zur Gesundheit unserer Volksgenossen führen können und bedeutet es, daß tüchtigste und sportlichste Organisationen sich dagegen anstrengen haben. Es wurde noch eine ganze Reihe anderer Punkte, die sich auf die Förderung der Lebensübungen bezogen, besprochen. Auf der nächsten Sitzung wird die Turnlehrerin Fräulein Wegener einen Vortrag über die neuzeitlichen turnerischen, sportlichen und rhythmischen Übungen halten.

Kauf Wohlfahrtsbriefmarken!

Der Verkauf von Wohlfahrtsbriefmarken endet bei den Postämtern am Freitag. Eine Verlangsamung des Verkaufes durch die Post findet nicht statt. Dagegen können die Wohlfahrtsbriefmarken auch nach dem 15. Januar wie bisher durch die Landes- und Provinzialausschüsse der Deutschen Wohlfahrtsvereine und die bekannten großen Organisationen der freien Wohlfahrtspflege bezogen werden. Sie können ferner nach wie vor zur Finanzierung aller Wohlfahrten nach dem In- und Auslande an Stelle gewöhnlicher Freimarken verwendet werden.

Ausstellung für gesundes Jugendleben. Wie uns mitgeteilt wird, ist mit der Ausstellung, die ebenfalls morgen vormittag im „Schloßgartenhof“ eröffnet wird, ein kostenloser Verkauf von Gesundheitsliteratur gegen gute Bücher verbunden. Es soll versucht werden, unserer Jugend wider die Augen für gute, lehrreiche Literatur zu öffnen. Die Schulfächer werden aufgeführt, alle schmutzigen und aufreizenden Bücher, mit denen sich das jugendliche Gemüt in lehrreicher Weise befaßt, sollen entfernt werden. Sie bekommen dafür schöne, neue Werke. Des Weiteren wird darauf hingewiesen, daß sämtliche ausgefallenen Gegenstände käuflich sind und daß von alkoholfreien Getränken und Nahrungsmitteln Kostproben gegen freie Mitteln Spenden abgegeben werden. Die Preise für Lehrmittel usw. sind zu gering, daß man auch bei den heutigen Preisen in der Lage ist, sie zu kaufen. In der Ausstellung finden täglich Führungen durch die Ausstellungsorte, besonders von Lehrer Ziemermeister, statt.

Besondere Aufmerksamkeit. Das aufgestellte Verzeichnis der betragsmäßigsten Beiziger von Pferden, Rindern und Schafen liegt im Magistrats-Geschäftszimmer 19 zur Einsicht aus. Anträge auf Berichtigung sind innerhalb 14 Tagen anzubringen.

Die Verlobung ihrer Kinder
Hilda und Martin Voigt
Martin Hieke
 Otto Voigt u. Frau
 Otto Hieke u. Frau
 Verlobte
 Grunau Januar 1926 Starsiedel

Für die anlässlich des Hirscheidens unserer lieben Mutter erwiesene Teilnahme danken wir hierdurch herzlich.
 Im Namen der Hinterbliebenen
Paul Lückendorf.
 Merseburg, den 13. Jan. 1926.

Morgen, Donnerstag, nachmittags 1/3 Uhr. im Gaitbau zu Knappenort
Verpachtung
 von ca. 160 Morgen Acker und Wiese
 des Herrn F. i. H. Siehe ausf. Inserat vom 9. d. M.
 Albert Franke, beid. Makl. u. Notar, Merseburg, Tel. 635.

Einfamilienhaus
 im Hofenweg gegen Her-
 gabe einer 3-Zimmer-
 wohnung besteh. Kellers
 im Rathaus Zimmer 27
 zu erfragen.
 Merseburg, d. 13. 1. 1926
 Der Magistrat
 Grundigentumsverwaltung.

Geschäfts-Grundstück
 Merseburg, Burgstr. 20
 gelegen Erteilung halber
 an kurz entschlossenen
 Käufer zuw. Angebote
 im Max Zimmermann,
 Halle a. S., Preisliste 1.

Landwirtschaft
 30 Morgen, 7 km von
 Halle compl. Inventar
 guter Boden sofort verfl.
 und zu übernehmen. An-
 fragen unt. H. E. 50070
 an Max Zimmermann &
 Vogler, Halle a. S.
 9 Pf.
la Eiderfettkäse
 ca. 20% W. 6.75 franco
 Dampfzuckerfabrik, Merseburg.

Reipisch.
 Sonnabend, den 16. Januar 1926,
 von abends 7 Uhr an
Preis - Skat.
 Dazu ladet frdl. ein H. Raagel.

Hotel „Zum alten Dessauer“.
 Donnerstag, den 14. Januar
Großes Schlachtfest.
 Ab 10 Uhr früh fr. Westfleisch.
 Abends fr. Schlachtkübel und frische Würst.
 Mittagsfrüh im Abonnement täglich 12.- 2 Uhr.
 Es ladet ergebenst ein H. Lehmann.

Zur Anfertigung von
Donnerstag
 u. Kindergeräberode
 empfiehlt sich best. J. Frau
 Nender, werd. auch angen.
 bei bill. Preis. Ang. u.
 B. H. an die Exped. d. Bl.
Schlachtfest
 Donnerstags von 9 Uhr ab:
 Westfleisch u. Westfrisch.
 Nachmittags frische Würst.
Chap Bernsdorf,
 Lebensmittel-Zentrale,
 Markt 7. Tel. 414.

Die Merseburger Druck- u. Verlags-Anstalt L. Baltz

liefert
 Hauptgeschäftsstelle Hallerstraße 4
 Filiale Gotthardstr. 38 (Halb. Mond)
 Fernsprecher
 100 und 101

Druckklagen aller Art

ein- und mehrfarbige Rundschreiben, Preislisten
 Briefbogen, Mitteilungen, Umschläge, Formulare
 Karteikarten, Programme, Familiendruckklagen
 Geschäftskarten, Brochüren, illustr. Zeitschriften

Oberförsterei Halle a. S.
Holzverkauf
 aus den Förstereien Schkenditz und Maßlau
 Montag, den 25. Januar 1926, vormittags 9 1/2 Uhr,
 in der Gaitwirtschaft Vogel zu Maßlau.

1. Brennholz: Försterei Schkenditz, Jagen 17 und 18, Försterei Maßlau, Jagen 23 a, 23 c, 28 und 39 (Derrnholz) — im Ganzen: 300 rm Scheit und Knüttel, 430 rm Reiter 1. Kl. in kleinen Stößen.
2. Nutzholz von 2 Uhr nachmittags ab: Kleine Huhnböyer — Stellmacherböyer — aus denselben Jagen (Eichen, Eichen, Kiefern etc.) 9,24 im 1. Kl., 65,32 im II. Kl., 40,65 im III. Kl., 32,99 im IV. Kl., 0,69 im V. Kl.

Nähere Angaben über die neue Staffeneinteilung und die Beschaffung erteilen die Herren Förster zu Schkenditz und Maßlau. Aufmäßen bei Fortschritt Reinkecht zu Halle a. S., Meckelstr. 25 gegen Scheitgebühren von etwa 2 Mk. Zahlung der Seigerpreise für Brennholz sofort im Termin für Nutzholz innerhalb 14 Tagen.
 Halle a. S., den 12. Januar 1926. Der Forstmeister.

Leistung im Jahr
 im Jahr 1925
 Die von Herrn Zimmermann über den letzten Winter
 bis auf weiteres geborgenen Holzbock-Lampen
 sind 60, 75 u. 100 Watt
hinweggelassen
 Die und Herrn Zimmermann bis zu dem zum Jahresende
 Kaufpreis zurück.

Landkraftwerke,
 Installationsbüro: MERSEBURG, Gotthardstr. 29
 Betriebsstellen: Bezirksmonteur Graupner,
 Kötzschen; Bezirksmonteur Schirrmeyer, Lauch-
 städt, Bez.-Untermonteur Diezle, Stößen.
 Vorstehende Vergünstigung gilt nur für Stromabnehmer
 innerhalb unseres unmittelbaren Versorgungsgebietes

Auto- und Rutschwagen- Lackierungen
 in heizbaren Räumen bei
Karl Matthies, Malermeister
 Telefon 106 Merseburger Teichstraße 25
 Modern eingerichtete Lackierwerkstätte
 :: Ausführung sämtlicher Malerarbeiten ::
 :: Kostenvolle Beläge und Anstriche ::

Vornehmste Damenschneiderei eleganter
Kostüme, Complets, Mäntel, Geh- und Fahrpelze.
 Anfertigung schnellstens und preiswert.
 Größtes Lager feinsten Stoffe.
Mäntel von nur guten Stoffen von 100 Mark an
August Gabel :: Damenschneider
 Halle, Töbelstraße 1 — Telefon Nr. 4838.
 Ausstellung meiner Aroeten im Schaufenster Große Ul. straße 29.

Im Inventur-Ausverkauf
 Morgenröcke
 aus molligem Flausch
 Ratinee in vielen Farben
 Stück Mk. 5.-

Warme Mäntel — Pelze
 Wollwaren — Wollgarne
 Woldecken — Unterzeuge
 Strümpfe — Handschuhe
sehr billig.
DOBKOWITZ

Extra billiges Angebot in Trikotagen für Wiederverkäufer

- 1 Posten Unterhosen
- 1 Posten Normathose
- 1 Posten Tüllchen mit und ohne Arm
- 1 Posten Kinder-Trikots
- 1 Posten Ret.-Hosen in all. Größen

J. Glücksmann.
 Markt 6 Halle Markt 6

Ernst Vieweg
 Gelehr. 48. Halle a. S. Begr. 1893.
Elektr., Wasser- und Heizungs- Anlagen — sanitäre Einrichtungen
 für Private, Industrie und Landwirtschaft
Große Ausstellung v. modernen Beleuchtungskörpern
 Weißtischen aus Marmor, Gussstein und Steinart, Badeeinrichtungen, elektr. Apparaten für Küche und Haus.

Formulare
 Tagebuchbogen, Mietverträge, An- und Abmeldebescheinigung, Antragsbogen, Voranmeldungen, Einzahlungsbogen, Besondere, Unfallanzeigen // Geschäftsbriefe, Schreib- und Konzeptpapier sowie Zahlungsbelege empfiehlt die
Merseburger Druck- und Verlagsanstalt
 Ludw. Belp
 Hallerstraße 4 / Telephon 109/110

Empfehle meine
Phönix Anker-Köfpler Nähmaschinen
 dieselben nähren vor- und rückwärts, stücken und stoßen und haben Stugellagergestell.
Sprechmaschinen
 verschiedene Ausführungen.
Reichhaltige Auswahl!
Max Schneider, Merseburg
 Schmalzstraße 19. Telefon 479.

Aus laufend eintreffenden Transporten stehen zu jeder Zeit in unseren Hallungen
prima hochtragende

Stübe- und Särien
 verschiedener Größen
 für jedermann zum Verkauf.

Schlacht-Vieh
 wird zu höchsten Tagespreisen oder auf Wunsch zu bestmöglicher Verwertung für Bedienung des Eigentümers angenommen.

Ein- und Verkaufs-Verein Kötschau.

Arbeitspferd
 Stute, 10 Jahre alt, ausgef. steht (weil überzahl.) preiswert mit Garantie zum Verkauf. (Auch geg. Vertrieb.)
 Gaut Kurze, Lützen

Laden
 mit od. ohne Wohn. an genäh. Lage, gel. Wohn. kann getauscht werd. Angebote u. R T 17 an die Expedition dieses Blattes.

Zimmer
 mit Kochgelegenheit. Angebote unter N 15 an das Merseburger Tageblatt

Gangschweine
 sind abzugeben
 Wernsdorf Nr. 37.

Gangschweine
 gibt ab
 Karl Bohne, Osterfeld.

Für leichte Büroarbeit
 Renten-Empfänger beam. nicht voll erwerbsfähig
 Angestellter (evtl. auch weibl.) gel. Schriftf. Angeb. mit Lebenslauf unt. u. T. 30 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Beilage zu Nr. 10 des Merseburger Tageblattes

Mittwoch, den 13. Januar 1926.

Amerikanische und deutsche Wirtschaft.

Von Albert Niedemann, M. d. L.

Sehr oft wird von dieser oder jener Seite der Ansicht geäußert, amerikanische Wirtschaftssysteme auf die deutsche Wirtschaft zu übertragen, ohne dabei die dem deutschen Wirtschaftsleben zu Grunde liegende Eigenart zu berücksichtigen. Man scheint vergessen zu haben, daß es gerade diese Eigenart war, die die deutsche Wirtschaft, Industrie, Landwirtschaft und Handel und Gewerbe auf die Höhe gebracht hat, die sie 1914 erreichte hätte. Heute man verstanden, diese Eigenart nach dem Reize fortzuschaffen sich entwickeln zu lassen, so sähe es heute mit der deutschen Wirtschaft anders aus. Besont muß werden, daß sich unter Wirtschaft Industrie und Landwirtschaft versteht, nicht, wie es oft getan wird, daß man von Wirtschaft spricht, und dabei nur Handel und Industrie berücksichtigt.

Vor kurzem schilderte im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller der sozialistische Reichstagspräsident, ein alter Gewerkschafter, die Eindriffe seiner Reise nach den Vereinigten Staaten. Der Vortrag zeigte deutlich jedem ein Wirtschaftsleben stehenden und objektiven Denker mit voller Klarheit, wie einleuchtend selbst schon prominente Sozialisten, wie Uebel, denken. Ein Schlüsselbeispiel dafür, daß es überhaupt kein Sozialdemokratien gibt, der objektiv und sachlich die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und Zusammenhänge übersehen kann. Herr Uebel schilderte in glühender Geste die amerikanischen Wirtschaftskräfte und riefte sie in seiner Betrachtungsweise als Gegenstück an die Wirtschaftskräfte in Deutschland heran. Er ist schon zunächst für jeden volkswirtschaftlichen Denker ein Leuchtfeuer, das reichte Land der Erde mit dem ärmsten und zu gleicher Zeit noch tributpflichtigsten Lande der Welt in einen Vergleich zu bringen, so ist es natürlich auch viel unangenehm, das Vergleichsmaßstab in beiden Ländern vergleichbar gegenüber zu stellen. Es scheint Herrn Uebel nicht in der Erinnerung zu sein, daß in der Vorkriegszeit die Lohnverhältnisse zwischen Amerika und Deutschland, zu dieser Zeit läßt sich ein Vergleich ziehen, die deutschen Verhältnisse d. h. die Einkommensverhältnisse der deutschen Arbeiter trotz des höheren Lohnes in Amerika durchaus günstiger waren, wobei noch nebenbei gesagt sei, daß der Arbeiter in Deutschland eine für alle Welt vorbildliche Sozialversicherung hatte, die ihn vor den schwersten Gefahren schützte.

Der Sozialdemokratische Gewerkschafter Uebel sagte, daß sich in Amerika immer mehr die Erkenntnis durchdringt, daß es im Interesse des Landes und der allgemeinen Wohlfahrt liegt, wenn das Einkommen des kleinen Mannes so hoch ist, daß er neben dem zum Leben notwendigen sich auch noch einen gewissen Komfort leisten kann. In Amerika gibt die Erhöhung der Löhne nicht als Maßstab für die Entwicklung der Industrie. Deshalb werden in immer steigendem Maße in Amerika Arbeiter und Angestellte mitbestimmen und damit Mitinteressenten und Mitbegründer der großen Betriebe. Das ist auch der Grund der intensiven, fleißigen, verantwortungsvollen Arbeit aller. Herr Uebel schint seine Zuhörer sehr gering eingeschätzt zu haben, wenn er bei Aufzählung ist, daß er ungeschickt hier eine Unwissenheit vorzutragen kann. Das, was Herr Uebel in Amerika über den kleinen Mann lobt, wäre in Deutschland ebenso gut einzuführen, ja wäre zum großen Teil schon eingeführt, wenn es nicht an der lächerlichsten Agitation der sozialistischen Gewerkschaftsführer und Politiker gehindert wäre. Ein kleiner Hinweis auf den Fall Dr. Edmund Sinnick, Mag., welcher seinen Reuten durch Zerschlagung von 2 Millionen Aktienwerten volle Zustimmung und Mitwirkung geboten wollte, was jedoch von den Betriebsräten nach Rücksprache mit ihren Gewerkschaftsführern abgelehnt worden ist. Hinzu kommt, daß die Einstellung der amerikanischen Gewerkschaften unter der langjährigen, be-

stehenden, nationalen, volkswirtschaftlichen Erziehung ihres Führers, Samuel Gompers, der es ablehnte, die Wahrnehmung der beruflichen Interessen mit den politischen zu verwechseln einer Partei, die antinational und lediglich auf Klassenhaß und Klassenkampf eingestellt ist. Gompers bewußtlose Arbeit war realpolitisch, immer im Bewußtsein des Vorteils für das eigene Land und seine Arbeiterkraft. Daher auch die Bedeutungslosigkeit der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften Amerikas. Gerade der amerikanische Gewerkschaftsbund war es, der seinen Austritt aus dem internationalen Gewerkschaftsbund wegen dessen sozialistischer Tendenz begründete. Herr Uebel sieht den Wohlstand der Arbeiterkraft in Amerika, aber er hat vergessen, daß er und seine Freunde es sind, die den Aufbau der deutschen Wirtschaft verhindern. Durch die Anwesenheit der deutschen Wirtschaft an das internationale Kapital, die seine Freunde mit seiner Zustimmung vorbereiten haben, indem sie der deutschen Wirtschaft die Einführung rauben, durch eine Steuer- und Zöllepolitik, die die Grundlage der Bildung nationalen Betriebskapitals unmöglich macht und damit auch jede Grundlage einer Sicherung der Profite des Arbeiters auf unabsehbare Zeit ausschaltet.

Der Vortrag, objektiv gesehen, ist nichts anderes als ein neuer Vorwurf in der langen Reihe unabweisbarer Vorwürfe, daß das deutsche Unternehmertum sozial-rückwärts und arbeitserföndlich gewesen sei und dem deutschen Arbeiter und Angestellten den Aufstieg zu besseren Lebensverhältnissen aus Herzensgründen feindselig gegenüberstehe.

Die englische Kohlenkrise.

Auch England hat erste Kohlenkrisen, obwohl es zuerst einen Markt in die Höhe getrieben hat, der die Kohlenkrise ist aber für die Engländer alles andere als gewinnbringend, es verdrängt monatlich mehrere Millionen Pfund Sterling, die aus dem staatlichen Unterstützungsfonds, oder besser gesagt, aus den Taschen der englischen Steuerzahler dem englischen Bergbau zufließen. Die Ursachen der Subventionspolitik sind bekannt, sie liegen in dem noch immer nicht beiliegenden Konflikt zwischen Bergwerksbesitzern und Bergarbeiterorganisationen, die im Sommer vorigen Jahres wegen der durch den schiefen Kohlenpreis hervorgerufenen Entlassungen und angelegten Kohlenbeständen mit einem Streikstreik brachen. Die Regierung griff ein und es wurde ein neuemotivierter Waffenstillstand abgeschlossen, für dessen Zeitraum sie sich verpflichtete, dem Bergbau mit bestimmten Summen unter die Arme zu greifen, damit er die Kohlenpreize senken und seinen Weg steigern kann.

Es waren ursprünglich sehr minimale Beträge vorgesehen, inzwischen hat sich aber mit jedem Monat eine Steigerung ergeben, so daß jetzt mit einer Gesamtsumme für diese neun Monate in Höhe von 20 Millionen Pfund oder 400 Millionen Mark es sich ablesen läßt, daß der Staat dieser Krise ist es dem Bergbau Englands gelungen, seinen Absatz in die Höhe zu treiben und wieder viele tausend Bergarbeiter einzustellen.

Die Folgen dieser Subventionspolitik hat namentlich der deutsche Bergbau zu spüren bekommen, denn fast alle ausländischen Absatzgebiete und darüber hinaus wissenschaftlich inländische Verbrauchsstellen verloren gegangen sind. Das Ergebnis dieser englischen Kohlenpolitik sehen wir an dem fortwährenden Stilllegungszustand an der Ruhr, der Fortberufung und den Arbeiterentlassungen, deren Gesamtstärke sich im verflochtenen Jahr auf etwa 70 bis 75 000 Mann beziffern dürfte. Nun ist es natürlich ein Ding der Unmöglichkeit, unseren Bergbau in ähnlicher Weise unterstützen zu wollen. Dazu fehlen uns die erforderlichen Geldmittel.

Die Erleichterungen geschaffen werden können, haben unsere Wirtschaftskräfte wiederholt gezeigt: Abbau aller überflüssigen finanziellen Lasten, Freigabe von Produktionsleistung.

Zum gleichen Ergebnis sind auch die englischen Bergwerksunternehmer gekommen, die sich natürlich schon jetzt mit der Frage beschäftigt, was mit der Einstellung der staatlichen Unterstützung geschehen soll. In England wird man, und das ist mit Sicherheit anzunehmen, zu vernünftigen und den durchaus berechtigten Wünschen der Bergwerksunternehmer entgegen, deren Auswirkungen doch lediglich der arbeitenden Masse im Bergbau und der Industrie zugute kommen. Wenn es in Zukunft leider nicht Trumpf, von einem Abbau der finanziellen Lasten ist nichts zu merken.

Die Reichsbahn hält an den hohen Tarifen fest, folglich kann die durch diese Tarifpolitik ungeniem verteuerte Kohle nicht abgebaut werden. Wenn sich die Engländer unter dem Druck ihrer Kohlenkrise, die gegenwärtig die Form einer Scheinpolitik hat, genugsam haben, das von ihnen aufgestellte Programm zur Lösung ihres Problems durchzuführen, dann wird der deutsche Bergbau reiflos zusammenbrechen, wenn nicht unsere Arbeiterkraft und mit ihr die parlamentarischen Körperlichkeiten (sowie Bernunft aufbringen, um alles zu tun, was den Bergbau lebens- und leistungsfähig erhält und ihm die Lage sichert, die erforderlich ist, um die deutsche Bergarbeiterkraft zu erwidern und als weitere Folge unsere Industrie durch billige Kohlen wieder aufzurichten und das Meer der arbeitslosen Industriearbeiter zu vermindern.

Wer arbeitet, wird bestraft.

Ein eigenartig anmutendes Urteil fällt das Schöffengericht in Leipzig gegen den Direktor Berner und den Personalchef Dub von der Leipziger Filiale der Dresdener Bank wegen Verstoßes gegen das Arbeitszeitgesetz. Die Angeklagten hatten vom Februar bis August vorigen Jahres einen Teil ihres Personal länger als 5 1/2 Stunden wöchentlich beschäftigt. Die Überbreitung der gesetzlichen Arbeitszeit betrug bis zu 3 Stunden täglich. Die beiden vorgenannten Angeklagten machten geltend, daß der rege Geschäftsbetrieb sie zur Überbreitung der Arbeitszeit gezwungen habe, ja daß ein großer Teil des Personals die Überbreitung freiwillig geleistet habe. Der Staatsanwalt beantragte für den Direktor Berner 6000 Mark Geldstrafe und für den Personalchef Dub 1500 Mark. Das Gericht verurteilte Direktor Berner zu 1000 Mark und Dub zu 400 Mark Geldstrafe. Das Urteil muß gegen vernünftigen denkenden Menschen sehr eigenartig anmuten, gerade heute in einer Zeit, wo jeder Arbeiter und Angestellter daran interessiert sein müßte, daß das Unternehmern, bei dem er arbeitet, zu tun hat und es somit vor Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Not geschützt ist.

Annahme des Eisenbahner-Schiedsgerichts.

Gestern vormittag nahmen die Tarifverhandlungen der Eisenbahner zu dem Schiedsgericht Stellung, durch den den Eisenbahner die Einberufung von 1-2 Fernzug gemindert wird. Die Organisationen beschloßen, den Schiedsgericht anzunehmen, wenn auch das Ergebnis nicht vollends den gesamten Wünschen entspreche.

Die Wichtigkeit. In Nr. 5 unserer Zeitung haben wir unter dem Stichwort „Die Preispolitik“ gegen die Preispolitik Stellung genommen. Nachdem uns inzwischen bekannt geworden ist, daß die von der Magd. Gesellschaft im Zusammenhang eingeräumte Verdienstspanne die in durchaus angemessener Grenze hält, können wir die in unserem Heft enthaltenen Bemerkungen nicht aufrecht erhalten, da sie auf unrichtige Informationen beruhen.

Verriegelte Lippen.

113 Roman von A. M. Allen. Hermanns Verlags-Verlag, Berlin W. 66. 1924.

Sie schaute auf die Uhr. So lange hatte sie geschlafen. In der Verfassung, die sie am Hel. Eilig raffte sie ihr weniges Handgepäck und Erwartungsvoll schaute sie aus dem Fenster. Ach, das war die Großstadt! Nicht aneinandergeordnete Häuserreihen, grau und ziemlich unfreundlich aussehend, dazu breite Straßen, wohlgeputzte Plätze, Kirchen, herrliche öffentliche Gebäude. Dann wieder glitten sie nicht an himmelhoch, fensterlosen Mauern vorbei mit grellheller Reflektbeleuchtung bis hoch in die Wolkenhöhen hinauf. Marie-Luise mußte lachen. „Schloß verort.“ „Recht ist das.“ „Mehr Licht“ schrie es ihr von den Säulenenden entgegen, die sich dichter und dichter zusammendrängten, so daß ihr ganz bekommen zumute wurde. Und dann piff der Zug, verlangsamte sein Tempo und fuhr in eine ungeheure Halle ein. Ein Menschengewimmel war auf dem Bahnsteig. Am Marie-Luise sauste und brauste Stimmengewirr, Klingelgeläch, lautes Aufwachen. Sie fand ganz verwirrt, bis ein scharfes „Achtung!“ sie beiseite taumeln ließ. Hochobene Wagen mit Gedäch rollten in eiligen Tempo vorbei, alles schien in Hast und Unruhe. Sie sah zu dem Ende der Bahnsteig, wo ein Mann in einem grauen Mantel stand. Er hatte eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Mann, den sie in der Zeitung gesehen hatte. Sie schaute zu dem Ende der Bahnsteig, wo ein Mann in einem grauen Mantel stand. Er hatte eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Mann, den sie in der Zeitung gesehen hatte.

„Marie-Luise?“ Er ammet nun doch erleichtert auf. Kurze Zeit später sollte sie im offenen Wagen durch die Straßen, sah mit großen, erlauchten Augen auf das Gemisch und Gemimmel um sie her, auf alle diese Menschen, die so hastig vorwärts strebten, auf die Wagenreihen, die laufenden Elektrischen, die ratternden Droschken, die tütenden Autos, auf die folgen-

den Omnibusse, mit Menschen ganz besetzt. Und ganz bekommen ließ sie hervor:

„Ach Gott, die vielen Menschen.“
Tante Eleonore lächelte ein wenig. Sie hatte mit forschenden Blicken das junge Mädchen gemustert. Nicht übel, fand sie. Ein bißchen lässlich, freilich, und Kleid und Hut natürlich unmöglich. Ein wenig zu viel Farbe hatte sie, und reichlich groß und klar war sie auch. Aber das hatte zum Ganzen. Frau von Magnussen war nicht unzufrieden mit dem ersten Eindruck, wenn sie eigentlich auch etwas anderes erwartet oder befürchtet hatte. Ihrem Schwager traut sie in der Beziehung nicht viel an, sie hatte sich die Rechte - seine Tochter - gar nicht so reizend, so anziehend gedacht, nicht so weislich, so wohlherzogen. Ein wenig modisch mußte man noch an ihr, dann würde sie schon ganz präsentabel sein. Und Frau Eleonore von Magnussen dachte, daß auch das andere leicht sein müßte, - die Ausübung des Planes, in dem dieses hübsche gesunde Mädchen die Hauptperson war. Denn die Tante Eleonore hatte recht, Frau von Magnussen tat nichts ohne Gründe, ohne triftige Gründe.

„Ist du fertig, Marie-Luise?“
Frau von Magnussen trat in das Zimmer des jungen Mädchens ein.
Marie-Luise stand vor dem Spiegel und betrachtete sich darin, neugierig und ein wenig ängstlich, während die Joha noch an ihr klebte und ordnete. Mein Gott, wie verändert ist es ausnahmslos aussehenden Ballkleide. Sie zog ein wenig freudig die Arme an sich. So sollte sie in Gesellschaft gehen, unter Menschen? Sie betrachtete ihren? Wohlgleich gerie sie die Spitzen des Auschnitts höher. „Nun, Sie mir das nicht noch ein bißchen heften. Nun?“
Frau von Magnussen betrachtete sie durch die Vorhänge und lächelte.

„Lach nur, Marie-Luise, der Auschnitt ist wirklich bescheiden. Und nun komm, es wird Zeit.“
Marie-Luise beruhigte sich. Wenn Tante Eleonore selbst meinte, daß er bescheiden sei, dann brauchte sie wohl keine Bedenken zu haben.

Dieser Tage war sie jetzt in Berlin, aber es erschien ihr, als seien es schon vierzehn, so viel hatte sich in der kurzen Zeit zusammengedrängt. Nicht etwa, daß Tante Eleonore besonders viel mit ihr unternommen hätte. Aber für das unverwöhnte Mädchen war jeder Ausgang in die Stadt, der Besuch eines Warenhauses, ein in einem Restaurant eingemener Imbiß schon ein Fest. Und wieder sollte sie nun schon ihren Ball mitmachen. Es war ein Wohlthatigkeitstanz, bei welchem Tante Eleonore zu den Komiteedamen gehörte. Erwartungsvoll, ein wenig besonnen, war ihr zumute. Nun sollte sie also im „Strame der großen Welt“ mitzumischen, so hatte sie es in einem ihrer Bücher gelesen. Wie das sein würde, war ihr freilich noch nicht recht klar.

Gesellschaft hat Marie-Luise niemals besucht. Wenn sie in Haffelrode war, dann kam zuweilen Besuch aus der Umgebung, junge und ältere Herrschaften. Nach dem Abendbrot gab es dann wohl ein Tischchen zum Klavier, Klaus Emma und Herren von den benachbarten Gütern, Brüdern und Bettern der jungen Mädchen waren die Tänzer. Aber dies hier war natürlich etwas ganz Anderes. Da sie wohl Klaus heute noch besonders hübsch fand: „Schreibe das dem jungen Herrn, so wie ich dir gesagt habe.“ Daraufhin war Klaus noch nicht gekommen. Sie hatte ihm auch geschrieben, daß sie heute das Fest besuchen würde, worauf er ihr wieder ziemlich schnell erwiedert hatte, daß er dann vielleicht verzußen würde, sich der gräßlichen Frau vorzusetzen.

(Fortsetzung folgt.)

